

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.07.2025
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:07 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Torben Wunderlich CDU

Mitglieder

Janik Schernikau CDU

Anja Lembach CDU Vertretung für: Hendrik Thomascheski / ab 19:03 Uhr

Sabine Zedler CDU

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Petra Kär-
gel

Rainer Hagendorf SPD

Matti Schlotzhauer SPD

Ingrid Paradies WSI

Jörg Hohner FDP

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz Werkleitung Stadtentwässerung

Umweltbeirat

Nicole Petersen Umweltbeirat

Jugendbeirat

Jonas Petersen Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Helmut Steinke Seniorenbeirat

Verwaltung

Claudia Friederich Erste Stadträtin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt

Birgit Woywod Fachdienstleitung Bauverw. und öffentl. Flächen

Eva Schlensock Fachdienstleitung Gebäudemanagement

Ivan Razumtsev Energiemanager

Mara Katharina Schlüter Protokollführung

Abwesend

Vorsitz

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Mitglieder

Hendrik Thomascheski CDU entschuldigt

Gäste:

Petra Goll	Bündnis 90/Die Grünen	Ratsmitglied
Verena Heyer	Bündnis 90/Die Grünen	Ratsmitglied
Patrick Eichberger	fraktionslos	Ratsmitglied
keine Einwohner*innen		
ein Vertreter der örtlichen Presse		

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 22.05.2025 | |
| 4 | Beschlussvorlagen | |
| 4.1 | Bauvorhaben Neu - und Erweiterungsbau Albert-Schweitzer-Schule - Umwidmung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) 2026 | BV/2025/039 |
| 4.2 | Containerlösung Moorwegschule | BV/2025/038 |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Antrag des Jugendbeirates
hier: Sachstandsbericht zu den Spielplätzen in der Stadt Wedel | ANT/2025/013 |
| 6 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 6.1 | Vorstellung des „Fifty-Fifty“ - Energiesparprojekt- Schule | MV/2025/058 |
| 6.2 | Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im UBF am 22.05.2025 zur Kartierung von Moorböden | MV/2025/039 |
| 6.3 | Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im UBF am 22.05.2025 zum EU-Vogelschutzgebiet/Natura 2000-Gebiet bei der Vogelstation Wedeler Marsch | MV/2025/042 |
| 6.4 | Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen | MV/2025/045 |
| 6.5 | Haushalt 2025
Genehmigung und Ausführung | MV/2025/056 |
| 6.6 | Bericht der Verwaltung | |

- 6.6.1 Haushaltskonsolidierung
- 6.7 Sachstand Schulbau in Wedel
- 6.8 Anfragen der Politik

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

- 7 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 22.05.2025
- 8 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Nichtöffentlicher Bericht der Verwaltung
- 8.2 Nichtöffentliche Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat berichtet, dass am Strandbaddamm eine Aschenbecher-to-go-Station eingerichtet wurde, wofür er sich beim Bauhof der Stadt Wedel bedankt.

Der Seniorenbeirat möchte sich zunächst über den Sachstand zur Einführung von Carsharing erkundigen.

Außerdem weist er auf eine Pressemitteilung (s. Anlage zum Tagesordnungspunkt) der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. (BAGSO) vom 30.06. hin, in der die politische Verantwortung aufgefordert wird, ältere Menschen besser vor Hitze zu schützen. Unter Verweis auf die jüngste Wetterlage erfragt er den Stand des Hitzeaktionsplans der Stadt Wedel. Dabei interessieren ihn sowohl die Maßnahmen als auch deren zeitliche Umsetzung.

Die Verwaltung berichtet, dass die interne Arbeitsgruppe eine Bewertungsmatrix für die möglichen öffentlichen Carsharing-Flächen erstellt hat. Nun werden Plätze gesucht und anhand der Matrix auf ihre Geeignetheit hin überprüft. Sobald weitere Ergebnisse vorliegen, wird der Ausschuss davon unterrichtet.

Bezüglich des Hitzeaktionsplans erklärt Frau Broekhuis, dass hierzu keine Aufstellung geplant ist. Sie verweist auf die offene Stelle des Klimamanagers.

Anlage 1 bagso - Ältere Menschen vor Hitze schützen

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 22.05.2025

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Beschlussvorlagen

4.1 Bauvorhaben Neu - und Erweiterungsbau Albert-Schweitzer-Schule - Umwidmung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) 2026

BV/2025/039

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Abweichung zwischen der ursprünglichen Planung aus dem Jahr 2022 und dem aktuellen Stand erheblich ist. Sie stellt die Frage nach der Hauptursache für diese Entwicklung. Zudem merkt sie an, dass die bestehende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800.000 Euro nicht ausreicht, um die Gesamtkosten zu decken. Es sei wichtig, frühzeitig zu klären, wie das Vorhaben weiterfinanziert werden könne, da ansonsten Mittel an anderer Stelle fehlten. Die Fraktion bittet daher um eine differenzierte Aufschlüsselung der entstandenen Mehrkosten.

Die WSI-Fraktion schließt sich der Auffassung der SPD-Fraktion an. Sie möchte wissen wie

die Außenanlagen finanziert werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass ihm im Rahmen der Vorbesprechung zur Sitzung Gründe für die Kostenentwicklung benannt wurden. Diese seien insbesondere in den globalen Krisen begründet. Er weist außerdem darauf hin, dass bereits zu einem früheren Zeitpunkt Kostensteigerungen eingeworben wurden. Für zukünftige Vorlagen bittet er um eine verbesserte Darstellung der Kostenentwicklung.

Die Verwaltung erklärt, dass die Baumaßnahme durch die vorgesehene Umwidmung der Verpflichtungsermächtigung abgewickelt werden kann. Zu Beginn eines Bauvorhabens werden lediglich grobe Kostenschätzungen vorgenommen. Es ist üblich, dass es bis zur tatsächlichen Abrechnung zu Abweichungen kommt. Die nun aufgeführten Kosten entsprechen den tatsächlichen Ausgaben. Eine detaillierte Aufstellung der Kosten wird dem Protokoll als ergänzender Vermerk beigelegt.

Hinsichtlich der Außenanlagen teilt die Verwaltung mit, dass diese für die Haushaltspriorisierung 2026/2027 angemeldet sind.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, die Umwidmung folgender Verpflichtungsermächtigung 2026 zu Gunsten des Neu- und Erweiterungsbaus Albert-Schweitzer-Schule
VE Investition Erneuerung Außen - und Spielbereiche: 800.000€ / brutto (211002702 Nr. 24 / 2110020100.0900060) auf 211002706 Bauliche Erweiterung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	11		
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 Ergänzung und Erläuterung zur BV 2025-039

4.2 Containerlösung Moorwegschule

BV/2025/038

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist auf das positive Meinungsbild des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses zu den Punkten 1 und 2 sowie auf die Empfehlung der Punkte 3 und 4 an den Rat hin.

Herr Eichberger dankt der Verwaltung für die vorausschauende Beschlussvorbereitung.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt folgenden Beschluss bezüglich der Punkte 1 und 2:

Beschlussempfehlung:



Der Rat beschließt,

1. Die abgängige 4 Schulklassencontaineranlage (Igelhaus) der Moorwegschule kurzfristig bis zu den Herbstferien 2025 durch eine zweigeschossige 8 neue Schulklassencontaineranlage zu ersetzen.
2. Im Übergangszeitraum bis zu den Herbstferien werden die Kinder in den 4 Räumen der SKB beschult. Die hierfür notwendige Ausstattung wird kurzfristig zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt bis zum 01.06.2026 eine mittelfristige Lösung zum Schuljahr 2026/2027 für die Bereitstellung von auskömmlichen und adäquaten Klassen-, Fach-, Funktions und Ganztagsräumen für die Grundschulen zu entwickeln, um den gestiegenen Schüler*innenzahlen und den gesetzl. Anforderungen gerecht zu werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt bis zum 31.12.2026 einen Schulentwicklungsplan aufzustellen, der die Anforderungen der Prognose zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (vorläufiger Abschlussbericht von Gertz Gutsche Rümenapp Januar 2025), des Haushaltssicherungskonzeptes inkl. Raumdoppelnutzung und Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung, sowie die individuellen Bedarfe der Schulen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	11		
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5 Anträge

5.1 Antrag des Jugendbeirates

hier: Sachstandsbericht zu den Spielplätzen in der Stadt Wedel

ANT/2025/013

Der Jugendbeirat stellt den Antrag sowie dessen Begründung vor.

Die Verwaltung begrüßt den Antrag des Jugendbeirats grundsätzlich. Gleichzeitig weist sie jedoch darauf hin, dass aufgrund der kurzen Haushaltslaufzeit im Jahr 2024 viele Aufgaben nicht umgesetzt werden konnten. Der städtische Bauhof ist personell nicht in der Lage, alle Reparaturen eigenständig durchzuführen. In einigen Fällen müssen daher Fremdfirmen beauftragt werden, was zu Verzögerungen führt. Infolgedessen mussten einzelne Spielgeräte gesperrt werden. Die Verwaltung bedauert diese Umstände. Zur allgemeinen Praxis erläutert die Verwaltung, dass auf allen 44 Spielplätzen wöchentli-

che Sichtkontrollen durchgeführt werden. Dabei dokumentiert ein Mitarbeiter sichtbare Mängel in einem digitalen System, das zur Abarbeitung genutzt wird. Zusätzlich erfolgen monatliche Prüfungen. Aktuell wird außerdem die jährliche Überprüfung durch den TÜV durchgeführt. Dabei werden alle Mängel dokumentiert und eingestuft. Der daraus entstehende Bericht könnte in Auszügen für die Spielgeräte der Stufe drei nicht öffentlich zur Verfügung gestellt werden.

Die CDU-Fraktion dankt dem Jugendbeirat für seinen Antrag. Sie stellt fest, dass die Sperrung einzelner Spielgeräte mit der Haushaltslage zusammenhängt. Grundsätzlich wird aus ihrer Sicht bereits bedarfsgerecht über den Zustand der Spielplätze berichtet. Eine zusätzliche Berichterstattung würde einen erhöhten Aufwand bedeuten. Sie regt an, künftig vor allem über gravierende Mängel zu berichten, da eine Information über jede Kleinigkeit aus ihrer Sicht wenig Mehrwert bietet.

Die SPD-Fraktion spricht sich für eine regelmäßige Information des Jugendbeirats aus. Sie sieht keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Haushaltslage und hält den Aufwand für vertretbar. Langfristig, wenn die Abläufe stabil laufen, sollte die Informationsweitergabe selbstverständlich sein. Auch Eltern und Kinder sollten über den Zustand der Spielplätze informiert sein. Da die entsprechenden Daten bereits bei der Verwaltung vorliegen, wäre eine Weitergabe aus Sicht der Fraktion zumutbar.

Herr Eichberger erinnert an den eindeutigen Wunsch des Jugendbeirats. Er verweist auf die SPD-Fraktion, die bereits darauf hingewiesen hat, dass die entsprechenden Informationen bei der Verwaltung vorliegen. Er hält eine stichpunktartige Zusammenfassung im Abstand von etwa drei Monaten für sinnvoll, sowohl für den Jugendbeirat als auch für den Ausschuss. Aus seiner Sicht wäre der damit verbundene Aufwand überschaubar.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt den Antrag grundsätzlich. Sie erkennt den Mehraufwand für die Verwaltung und spricht sich daher für einen halbjährlichen Bericht oder bei größeren Mängeln aus. Dies wäre aus ihrer Sicht für alle Beteiligten hilfreich. Zudem lobt sie die Pressearbeit der Verwaltung, die bereits jetzt gut und zeitnah über den Zustand der Spielplätze informiert.

Die Erste Stadträtin schlägt einen Kompromiss vor. Der Antrag des Jugendbeirats könne zunächst zurückgestellt werden. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung werden Arbeitsgruppen gebildet, von denen sich eine mit dem Thema Spielplätze befasst. In diesem Zusammenhang soll auch der Jugendbeirat eingebunden werden. Nach Abschluss der Arbeitsgruppe kann der Jugendbeirat entscheiden, ob er den Antrag erneut aufgreift.

Der Jugendbeirat zieht den Antrag zurück.

6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

6.1 Vorstellung des „Fifty-Fifty“ - Energiesparprojekt- Schule

MV/2025/058

Der Energiemanager der Stadt Wedel stellt das Energiesparprojekt anhand einer Präsentation vor.

Anlage 1 Schulisches Energiesparprojekt Fifty-Fifty

6.2 Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im UBF am 22.05.2025 zur Kartierung von Moorböden **MV/2025/039**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die vorgestellte Antwort. Sie betont, dass Moore ein besonders wichtiger Bestandteil des Ökosystems sind.

6.3 Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im UBF am 22.05.2025 zum EU-Vogelschutzgebiet/Natura 2000-Gebiet bei der Vogelstation Wedeler Marsch **MV/2025/042**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont die besondere Bedeutung des Gebiets für den Artenschutz. Sie macht deutlich, dass der Schutz nicht nur den Gänsen, sondern insbesondere auch den bodenbrütenden Arten dient. Angesichts der Artenkrise sei ein konsequenter Schutz notwendig. Der Landtag habe im Namen der Gesellschaft eine wichtige Entscheidung getroffen und Flächen für die Natur geschützt. Es müssen Regeln gelten und Verstöße müssen geahndet werden. Auch die Eigentümer*innen müssen sich dessen bewusst sein. Ein Dialog ist wichtig, darf jedoch kein Ersatz für klare rechtliche Konsequenzen bei illegalem Verhalten sein. Sie weist darauf hin, dass die Gänse Schäden verursachen, für die Ausgleichszahlungen an die Eigentümer*innen geleistet werden.

Die CDU-Fraktion zeigt Verständnis für die schwierige Lage der betroffenen Landwirt*innen. Sie stellt klar, dass die Fahrzeuge im betroffenen Gebiet keinen Motor besitzen und daher nicht fahrbereit sind. Die Flächen werden zur Herstellung von Lebensmitteln genutzt, die auch von der Gesellschaft konsumiert werden. Gerade wegen dieser Erträge kommen die Tiere und verursachen den Schaden. Die Ausgleichszahlungen fallen deutlich zu gering aus. Es ist nachvollziehbar, dass diese Situation zu Frustration führt. Der Druck durch die mediale Berichterstattung verschärft die Lage zusätzlich. Der auferlegte Naturschutz nach dem Erwerb der Fläche schränkt die Nutzbarkeit stark ein, was für die Landwirt*innen einer Abwertung gleichkommt. Ein Dialog zwischen Verwaltung und Landwirtschaft ist wünschenswert, damit Landwirt*innen nicht erst über die Presse von Verwaltungsentscheidungen erfahren. Man sollte gemeinsam nach Lösungen suchen, statt gegeneinander zu arbeiten.

Herr Eichberger betont, dass den betroffenen Landwirt*innen das geltende Recht klar mitgeteilt werden muss. Gleichzeitig zeigt er Verständnis für deren Situation, insbesondere für kleinere, selbstständige Betriebe. Auch wenn Verstöße nicht akzeptabel sind, müsse man berücksichtigen, dass die Kosten in der Landwirtschaft stetig steigen und die Landwirt*innen davon besonders betroffen sind. Sie können nur im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten handeln.

In ihrer Wortmeldung wendet sich die SPD-Fraktion an die CDU-Fraktion und stellt klar, dass die Einschätzung unzureichender Entschädigungszahlungen eine subjektive Beurteilung ist. Sie betont, dass dies jedoch nicht das Recht begründet, gesetzliche Vorgaben zu missachten. Die Fraktion spricht sich dafür aus, das Thema mit den direkt Beteiligten zu erörtern, statt es weiter im Ausschuss zu diskutieren.

6.4 Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen **MV/2025/045**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.5 Haushalt 2025

MV/2025/056

Genehmigung und Ausführung

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.6 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung bezieht sich auf eine Anfrage der SPD-Fraktion aus der vorherigen Sitzung und erläutert, dass die Umwandlung der offenen Bike-and-Ride-Anlage am Bahnhof in eine geschlossene Anlage grundsätzlich möglich ist. Es bestehen zwar Fördermöglichkeiten, jedoch muss die Stadt den gesamten Planungsaufwand selbst tragen. Auch die Baukosten müssen vollständig im Haushalt veranschlagt werden, da die Fördermittel erst im Nachhinein ausgezahlt werden. Die Verwaltung weist außerdem darauf hin, dass die geschlossenen Anlagen aktuell nur zu etwa 60 % ausgelastet sind, während die offenen Anlagen überbelegt sind. Zudem wurde kürzlich der Betreiber der Anlagen gewechselt. Dies macht neue Verträge und zusätzliche Abstimmungen erforderlich und geht mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand einher. Eine Umwandlung ist somit zwar theoretisch möglich, aus Sicht der Verwaltung besteht jedoch aktuell keine Notwendigkeit, sodass sie nicht empfohlen wird.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass eine geschlossene Bike-and-Ride-Anlage nicht nur funktional ist, sondern auch zur Schaffung einer zusätzlichen Einnahmequelle beitragen kann. Darüber hinaus trägt eine solche Anlage zu einem ordentlicheren Stadtbild bei. Hochwertige Fahrräder sind in geschlossenen Anlagen besser geschützt. Die Fraktion betont außerdem, dass nicht alle Menschen über ein Zweirad verfügen, das sie bedenkenlos am Bahnhof abstellen können.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert, dass für Fahrräder Nutzungsentgelte anfallen, während Autos am Bahnhof kostenlos parken können. Ihrer Meinung nach sollte eher dort angesetzt werden, um Einnahmen zu erzielen.

6.6.1 Haushaltskonsolidierung

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt berichtet, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung mehrere Projektgruppen eingerichtet wurden, von denen zwei dem eigenen Fachbereich zugeordnet sind: die Gruppe 22 „Spielplätze“ sowie die Gruppe 25 „Gestaltung der Umwelt“.

In der Gruppe 25 wurden bereits folgende Maßnahmen aufgegriffen:

Bereits umgesetzte Maßnahmen:

- Austritt Rad-SH
- Mobilitätsmanager nicht besetzt
- Im Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen z.B. keine Fremdvergabe in der Grünpflege mehr; Pflegeaufwand im Grünbereich reduziert - Blüh-statt Mähfläche; Übernahme von Arbeiten im Bereich Baumpflege statt Fremdvergabe; Neukalkulation Straßenreinigungsgebühr, Streichung Kostenansatz Quartiersmanagement

Zu prüfende Kostenersparnisse:

- Austritt ICLEI/Internationaler Rat für kommunale Umweltinitiativen
 - Verschiedene Szenarien bezüglich der P&R Anlage am ZOB
 - Komplette Schließung nach Eröffnung des Parkhaus Rosengarten
 - Nutzungsuntersagung bei Temperaturen unter 4°C - Stromkostenersparnis, da die Rampe nicht mehr elektrisch beheizt werden muss, Wartung der Heizung entfällt
-

- Untersuchung ob abgepumptes Wasser immer noch belastet ist oder ob es ggf. in den Vorfluter eingeleitet werden kann.
- Standard aller Druckaufträge auf schwarz/weiß umstellen
- Ausbaubeiträge wiedereinführen mit Änderung der Prozente von z.B. 85% auf 65%
- Klimamanager nicht neu besetzen

In der Gruppe 22 „Spielplätze“ werden folgende Punkte bearbeitet:

- Prüfung von Fördermöglichkeiten
- Identifikation von Einsparpotenzialen
- mögliche Kostenreduzierung durch die Schließung von fünf Spielplätzen

Die Verwaltung berichtet auf Nachfrage, dass in den ersten Runden nur die zuständigen Fachdienstleiter*innen als Kerngruppe für Gespräche zusammengekommen sind/werden. Im nachfolgenden Prozess wird in der Gruppe 22 beispielsweise der Fachdienst Kinder, Jugend, Familie sowie der Jugendbeirat hinzugezogen.

Zur Erfassung der Kosten für die Kinderspielplätze erklärt sie, dass die regelmäßigen Arbeiten mit einer durchschnittlichen Kostenschätzung über die vergangenen Jahre ermittelt werden. Die Spielgeräte können direkt zugeordnet werden. Weiter wird auch die Lage und auch die Abnutzung der Spielgeräte berücksichtigt. Nach Ermittlung wird ein Vorschlag unterbreitet und zum Beschluss gestellt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich dafür aus die Stelle des Klimamanagers zu erhalten.

6.7 Sachstand Schulbau in Wedel

Die Verwaltung trägt die aktuellen Stände vor und gibt diese zum Protokoll.

Im Anschluss an den Bericht der Verwaltung zum Sachstand Schulbau äußern mehrere Ausschussmitglieder den Wunsch nach einer besseren Aufbereitung und Bereitstellung der Informationen. Es wird angeregt, den Bericht vorab zur Verfügung zu stellen, damit sich die Mitglieder gezielter auf die Inhalte vorbereiten können. Die Fülle an Informationen während der Sitzung erschwert es, direkt Rückfragen zu stellen. Zur besseren Verständlichkeit wird vorgeschlagen, die Inhalte während der Sitzung visuell zu unterstützen, beispielsweise durch eine Projektion. Alternativ wird auch eine Tischvorlage zum Mitlesen oder ein Upload des Berichts im Vorfeld als hilfreich erachtet. Außerdem besteht der Wunsch, bei der Vorstellung der einzelnen Schulgebäude jeweils eine kurze Pause für Zwischenfragen einzuplanen.

Die Verwaltung lehnt eine vorherige Veröffentlichung des Berichts ab, da sie die Inhalte gerne persönlich in der Sitzung erläutern möchte. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass eine vorzeitige Bereitstellung häufig zu einer Vielzahl von Rückfragen führt und möchte unsachgemäße Diskussionen vermeiden. Der Bericht wird jedoch wie gewohnt im Anschluss an die Sitzung hochgeladen. Die Verwaltung nimmt die geäußerten Wünsche mit und signalisiert ihre Bereitschaft, eine geeignete Lösung zu finden.

Anlage 1 2025 Juli Sachstand öffentliche Bauten

6.8 Anfragen der Politik

Aus dem ADFC hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Information erhalten, dass die Fördertöpfe von Land und Bund für Maßnahmen zur Radverkehrsinfrastruktur derzeit gut gefüllt sind. Städte wie Wedel könnten mit planerischem Geschick und einer fahrradfreundlichen Ausgestaltung bis zu 90% der Gesamtkosten fördern lassen, da Wedel als fi-

nanzschwache Kommune gilt. Bedeutet das, dass wir aktuell die Chance haben, sanierungsbedürftige Straßenzüge mit nur 10% Eigenanteil zu erneuern?
Einige Umgestaltungen wurden bislang aus finanziellen Gründen zurückgestellt. Teilweise, weil man sich auf eine reine Sanierung im Bestand verständigt hat, die nicht förderfähig ist und zu 100% aus dem Haushalt getragen werden müsste.
Für welche Straßen kann sich die Verwaltung unter diesen Förderbedingungen einen fahrradfreundlichen Umbau vorstellen? Wären eine erneute Prüfung des Tinsdaler Wogs, des Breiten Wogs oder des Auweidenwegs denkbar? Die Planung zum Auweidenweg war ja bereits weit fortgeschritten. Welche weiteren Straßenzüge hält die Verwaltung für sanierungsbedürftig und grundsätzlich förderfähig, wenn sie im Sinne des Radverkehrs umgestaltet würden? Weiter fragt sie, ob die Verwaltung die Prüfung der Fördertöpfe eigenständig schafft oder wäre eine Beratung durch Rad.SH hilfreich?

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt bestätigt, dass entsprechende Fördermöglichkeiten bekannt sind.

Die Verwaltung prüft die Straßen im Stadtgebiet unter diesem Gesichtspunkt. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die Maßnahme eine klare Verbesserung für den Radverkehr mit sich bringt. Dafür sind entsprechende Prüfungen notwendig. In diesem Zusammenhang wird die Einbindung von Rad.SH als sinnvoll erachtet.

Die FDP-Fraktion berichtet, dass mehrere Fluchtwegeschilder im Kinder- und Jugendzentrum defekt sein sollen. Sie bittet um Prüfung und um Auskunft zu den Wartungsverträgen. Die Verwaltung nimmt die Bitte auf.

Die CDU-Fraktion thematisiert das Problem des Dauerparkens auf öffentlichen Flächen. Sie fragt, ob es möglich ist, das Parken für größere Fahrzeuge durch entsprechende Beschilderung auszuschließen und ob ein entsprechender Antrag gestellt werden kann.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Regulierung des ruhenden Verkehrs eine Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung ist, die in den Zuständigkeitsbereich der Verkehrsaufsicht und nicht in den der Kommunalpolitik fällt. Sie sichert zu, dass die Kolleg*innen in diesem Bereich bereits aktiv sind, und wird die Anfrage weiterleiten.

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Wunderlich
Torben Wunderlich

Protokollführung:

gez. Schlüter
Mara Katharina Schlüter

